

Kooperativen Wohnungsbau stärken: CSU-Fraktion will Förderlücke schließen und Wohnungsbau in Augsburg beschleunigen

Die CSU-Stadtratsfraktion Augsburg setzt sich für einen pragmatischen und zukunftsorientierten Weg ein, um den dringend benötigten Wohnungsbau in der Stadt auch in Zeiten knapper staatlicher Fördermittel zu ermöglichen. Mit einem aktuellen Antrag fordert die Fraktion die Entwicklung verbindlicher Alternativmodelle für den Fall, dass für einkommensorientierte Förderwohnungen (EOF) keine staatlichen Fördermittel zur Verfügung stehen.

Seit vielen Jahren ist die kooperative Baulandentwicklung in Augsburg ein wichtiges Instrument zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum. Im Rahmen dieser Regelung werden bei neuen Wohnbauvorhaben 30 Prozent der Wohnungen als dauerhaft geförderte Mietwohnungen errichtet. Das Modell hat sich bewährt und trägt wesentlich dazu bei, dass auch Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen in Augsburg bezahlbaren Wohnraum finden.

Derzeit gerät dieses erfolgreiche System jedoch zunehmend unter Druck. Trotz der hohen Anstrengungen des Freistaats Bayern sind die Förderprogramme für den sozialen Wohnungsbau vielfach überzeichnet. Die Folge: Augsburger Bauprojekte verzögern sich oder können trotz vorhandener Planung und Baurecht nicht umgesetzt werden, weil die notwendige Förderzusage fehlt.

„Wir dürfen nicht zulassen, dass in Augsburg dringend benötigter Wohnungsbau an fehlenden Förderzusagen scheitert. Wer bauen möchte und bauen kann, braucht Planungssicherheit und verlässliche Rahmenbedingungen. Unser Ziel ist es deshalb, die Förderlücke pragmatisch zu überbrücken, ohne den Anspruch auf bezahlbaren Wohnraum aufzugeben“, erklärt der Fraktionsvorsitzende Leo Dietz.

Die CSU schlägt deshalb vor, den bestehenden Grundsatzbeschluss zur kooperativen Baulandentwicklung um flexible Alternativmodelle zu ergänzen. Bleibt eine staatliche Förderung aus, sollen Bauträger ihre Projekte dennoch ohne aufwendige Umplanungen realisieren können. Gleichzeitig soll dauerhaft sichergestellt werden, dass die betreffenden Wohnungen über einen Zeitraum von 40 Jahren als Mietwohnungen mit moderaten Mietpreisen und begrenzten Mietsteigerungen zur Verfügung stehen.

„Es geht nicht darum, Standards abzusenken, sondern Blockaden aufzulösen. Am Ende müssen vor allem die Bürgerinnen und Bürger profitieren, die dringend eine Wohnung suchen. Jede nicht gebaute Wohnung verschärft die Situation auf dem Augsburger Wohnungsmarkt weiter“, betont Peter Uhl, baupolitischer Sprecher und stellvertretender Fraktionsvorsitzender.

Die vorgeschlagenen Alternativmodelle sollen künftig in allen städtebaulichen Verträgen verankert und – soweit erforderlich – auch durch entsprechende Anpassungen städtischer Satzungen flankiert werden. Darüber hinaus sollen sie ausdrücklich auch auf die neuen Möglichkeiten des sogenannten Bauturbos Anwendung finden. Gerade dort könne die fehlende Verfügbarkeit von Fördermitteln ansonsten zu erheblichen Verzögerungen führen und den gewünschten Beschleunigungseffekt ausbremsen.

Die CSU-Fraktion sieht in ihrem Antrag einen wichtigen Beitrag, um Investitionsbereitschaft zu erhalten, Bauvorhaben schneller zu realisieren und gleichzeitig das Ziel einer langfristig bezahlbaren Wohnraumversorgung konsequent weiterzuverfolgen.

„Unser Ansatz verbindet wirtschaftliche Vernunft mit sozialer Verantwortung. Augsburg braucht mehr Wohnungen – und zwar jetzt. Mit flexiblen Lösungen schaffen wir die Voraussetzungen dafür, dass Baukräne nicht stillstehen und gleichzeitig dauerhaft bezahlbarer Wohnraum für breite Schichten der Bevölkerung entsteht“, so der Dietz und Uhl abschließend.

Die CSU-Stadtratsfraktion ist überzeugt, dass eine solche Lösung sowohl den Interessen der Wohnungssuchenden als auch den berechtigten Anforderungen der Bauträger gerecht wird und einen wichtigen Impuls für eine zukunftsfähige Wohnungsbaupolitik in Augsburg setzt.